



FACTSHEET

MAI 2026

Wandbild zum Gedenken an die ermordete Journalistin Miroslava Breach. Foto: Françoise Greve/DMRKM

Deutsche
Menschenrechtskoordination
Mexiko



Coordinación Alemana
por los Derechos Humanos
en México

WIE FREI IST MEXIKOS PRESSE?

Alle 14 Stunden wird in Mexiko ein*e Journalist*in angegriffen. Das ist die Bilanz der Organisation [ARTICLE 19](#) in ihrem Bericht über die [Pressefreiheit unter der Präsidentschaft von Andrés Manuel López Obrador \(2018–2024\)](#). 3408 Angriffe verzeichnete die Organisation in diesem Zeitraum. Das Spektrum reicht von Drohungen und dem Missbrauch staatlicher Macht über physische Angriffe und widerrechtlichen Freiheitsentzug bis hin zu Mord und gewaltsamem Verschwindenlassen. Im Zeitraum 2018–2024 wurden insgesamt 46 Journalist*innen ermordet und vier Medienschaffende verschwanden gewaltsam.

Eine Abkehr von diesem Trend hat sich auch unter der seit dem 1. Oktober 2024 amtierenden Regierung von Präsidentin Claudia Sheinbaum bisher nicht ergeben. [Reporter ohne Grenzen dokumentierte 2025 neun Morde an Journalist*innen](#). Im weltweiten Vergleich werden außerhalb von Kriegsgebieten in keinem anderen Land mehr Medienschaffende Opfer von Gewaltverbrechen.

Die mexikanische Verfassung erklärt die „Freiheit, Meinungen, Informationen und Ideen über jedes Medium zu verbreiten“ (Artikel 7) als unverletzlich und verbietet jegliche staatliche Zensur. In ihrer ersten Rede nach dem Wahlsieg im Juni 2024 erklärte Claudia Sheinbaum den Schutz der Pressefreiheit zu einem wesentlichen Bestandteil ihres Regierungsprogramms. Politische Absichtserklärungen und Rechtslage sind

jedoch das eine – der gelebte Arbeitsalltag von Journalist*innen etwas ganz anderes.

Frei, aber nicht unabhängig

Mit der mexikanischen Verfassung von 1917 wurde staatliche Zensur offiziell abgeschafft. Subtilere Mechanismen traten an ihre Stelle. Die jahrzehntelang allein herrschende Partei der institutionalisierten Revolution (PRI) setzte gegenüber der Presse auf ein System aus Abhängigkeiten und Kontrolle. Die staatliche Kontrolle der Zeitungspapierindustrie und der Sendelizenzen ermöglichte es, kritische Medien auszuschließen; finanzielle Zuwendungen (*Chayote*) von Politiker*innen an Journalist*innen gehörten häufig zum Berufsalltag. Den größten Einfluss auf die Berichterstattung schufen sich Mexikos Regierungen hingegen durch das System der staatlichen Anzeigenfinanzierung: Der größte Anzeigenkunde vieler Medien ist gewöhnlich die Regierung selbst. Die damit verbundene Erwartungshaltung brachte 1982 der ehemalige Präsident José López Portillo im inzwischen geflügelten Wort auf den Punkt: „Ich bezahle dich doch nicht, damit du auf mich einschlägst“. Begleitet wurde dieses System im reichweitenstarken Fernsehmarkt durch ein vom Staat protegiertes Medien-Duopol (*Televisa* und später *TV Azteca*), das im Gegenzug für die lukrativen Sendelizenzen traditionell mit der Kritik an Mexikos Regierungen zurückhält. →

Die Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko ist ein Netzwerk von: Amnesty International Deutschland e.V., Bischöfliche Aktion Adveniat e.V., Bischöfliches Hilfswerk Misereor e.V., Brot für die Welt Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V., CAREA e.V., Franziskaner Helfen/Missionszentrale der Franziskaner e.V., Initiative Mexiko (INIMEX), Jesuitenweltweit, Kindermismissionswerk „Die Sternsinger“ e.V., México vía Berlin e.V., Initiative Menschenrechte Mexiko Köln, Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V., Pacta Servanda e.V., Partner Südmexikos e.V., pax christi Kommission Solidarität Eine Welt, Promovio e.V., Welthaus Bielefeld e.V., Zapapres e.V.

Trotz dieser tiefgreifenden Abhängigkeiten und der stark zentralisierten Medienlandschaft existiert in Mexiko eine mutige Tradition des investigativen Journalismus sowie eine lebendige Szene lokaler, unabhängiger Medien und eine Vielzahl nicht-kommerzieller Community-Radios (*radios comunitarias*) in den Bundesstaaten und Indigenen Gemeinden. Diese Medien und Journalist*innen haben oft entscheidenden Anteil daran, dass Menschenrechtsverletzungen überhaupt an die Öffentlichkeit gelangen. Für diese ihre Aufklärungsarbeit riskieren die Medienschaffenden jedoch nicht selten ihr Leben.

Unzureichender Schutzmechanismus

Mit dem 2006 von Präsident Felipe Calderón ausgerufenen sogenannten „Krieg gegen die Drogen“ und der Militarisierung der inneren Sicherheit begannen sich die tödlichen Angriffe auf Journalist*innen zu häufen. Unter dem Eindruck von rund 50 Morden an Medienschaffenden während Calderóns Amtszeit (2006–2012) setzte sich die Zivilgesellschaft für einen staatlichen Schutzmechanismus für Menschenrechtsverteidiger*innen

im Zeitraum 2017–2024 wurden acht Journalist*innen ermordet, obwohl sie staatliche Schutzmaßnahmen erhielten.

Gleichzeitig fehlt es dem Schutzmechanismus an wirksamen Strategien gegen geschlechtsspezifische Gewalt. So sind Journalistinnen oft einer doppelten Gewalt ausgesetzt: Sie werden für ihre Arbeit attackiert und obendrein als Frauen Opfer misogynen Gewalt. Die mexikanische Organisation *Comunicación e Información de la Mujer* (CIMAC) hat in den vergangenen Jahren einen rapiden Anstieg der Fallzahlen von Gewalt gegen Journalistinnen verzeichnet. Auch unter der Regierung Sheinbaum zeichnete sich dabei bisher keine Trendwende ab: So wurden im Jahr 2025 333 Fälle dokumentiert – die höchste jemals verzeichnete jährliche Zahl.

Während Mexiko-Stadt die meisten gemeldeten Angriffe auf Journalist*innen aufweist, zeigen die Zahlen zur tödlichen Gewalt, dass Journalismus gerade abseits des Landesentrums besonders gefährlich ist. So wurden seit 2000 in Veracruz 32, in Guerrero 19 und in Oaxaca, Tamaulipas und Chihuahua jeweils 15 Journalist*innen ermordet. Aufgeklärt werden diese Verbrechen so gut wie nie: Es herrscht eine Straflosigkeit von über 98 Prozent. Dabei verfügt Mexiko mit der Sonderstaatsanwaltschaft *FEADLE* sogar über eine Behörde, die explizit Verbrechen gegen die Pressefreiheit aufklären soll. Die Bilanz ihrer Ermittlungen für die Zeit 2018–2024 ist jedoch ernüchternd: Lediglich zu 14 von 46 Morden an Journalist*innen hat sie Verfahren eröffnet. Ein Großteil der Fälle landet weiterhin bei lokalen Staatsanwaltschaften, denen es an Ressourcen und spezialisiertem Personal mangelt – oder wo im schlimmsten Fall sogar Verstrickungen mit den Täter*innen bestehen können.



Protest nach der Ermordung des Journalisten Javier Valdez, Mexiko-Stadt 2017.
Foto: ProtoplasmaKid CC BY-SA 4.0

und Journalist*innen ein, der 2012 ins Leben gerufen wurde. Durch diesen können Betroffenen bei akuten Bedrohungen Maßnahmen wie Personenschutz, gepanzerte Fahrzeuge, kugelsichere Westen oder Panikknöpfe zur Verfügung gestellt werden. Für Mexikos Zivilgesellschaft stellt dieses Gesetz eine wichtige Errungenschaft dar. Zugleich betont sie die Grenzen eines Mechanismus, der auf physischen Schutz und nicht auf Prävention setzt. Dass nicht selten auch der physische Schutz versagt, zeigt eine Studie von *Amnesty International* und dem *Committee to Protect Journalists* zum Schutzmechanismus: Allein

Wer die Verstrickungen beim Namen nennt, lebt gefährlich

Auf dem Korruptionswahrnehmungsindex von *Transparency International* belegt Mexiko den Platz 141 von 182 untersuchten Ländern, was das Land als einen Staat mit schwerwiegendem Korruptionsproblem ausweist. Wer diese jedoch benennt und insbesondere auf Verstrickungen zwischen Politik und Verbrechen hinweist, lebt gefährlich. Das zeigt etwa der Fall von Miroslava Breach, Korrespondentin der Zeitung *La Jornada* im Bundesstaat Chihuahua, die zu den Verbindungen zwischen lokalen Politiker*innen und dem Drogenkartell *Los Salazar* recherchierte. Am 23. März 2017 wurde Breach vor ihrer Haustür erschossen.

Ebenso tief in das kollektive Gedächtnis der mexikanischen Zivilgesellschaft eingebrannt hat sich der Mord an Javier Valdez, Mitbegründer des Wochenmagazins *Ríodoce* und Korrespondent der Tageszeitung *La Jornada* in Sinaloa. Valdez berichtete

über die menschlichen Folgen des sogenannten „Drogenkriegs“ und nannte den Einfluss der Kriminalität auf Politik und Gesellschaft in Sinaloa beim Namen. Am 15. Mai 2017 wurde er auf dem Heimweg von der Arbeit in Culiacán ermordet. Emblematisch sind beide Fälle auch, weil, trotz erheblichen internationalen Drucks, lediglich einzelne Helfer und Mittäter festgenommen wurden, während die intellektuellen Urheber auf freiem Fuß sind – im Fall Valdez auch, weil sich US-Behörden weigern, den mutmaßlich Verantwortlichen nach Mexiko auszuliefern.

Erhalten Journalist*innen keinen wirksamen Schutz, bleibt ihnen oft keine andere Wahl, als aus ihrer Heimatregion zu fliehen, um ihr Leben zu schützen. Solche gewaltsame Vertreibung hat verheerende Folgen für die Betroffenen: Sie führt häufig zur Trennung der Familie sowie zu massiven psychischen Belastungen. Im Exil oder in der Hauptstadt sind die Medienschaffenden meist von wirtschaftlicher Prekarität betroffen und haben große Schwierigkeiten, Zugang zu Gesundheitsversorgung, angemessenem Wohnraum und neuer Arbeit zu finden. Am Ende steht für viele die erzwungene Aufgabe ihres Berufs. Für den Zeitraum 2018–2024 hat *ARTICLE 19* mindestens 39 Fälle von gewaltsam vertriebenen Journalist*innen dokumentiert.

Zonen des Schweigens

Das Zusammenspiel aus zentralisierter Medienlandschaft, tödlicher Gewalt und Straflosigkeit schafft das Phänomen der „Zonen des Schweigens“ (*zonas de silencio*). Es handelt sich um ganze Regionen, in denen Berichterstattung über Menschenrechtsverletzungen oder Korruption faktisch nicht mehr stattfindet oder nur unter Selbstzensur möglich ist. Eine Studie von Quinto Elemento Lab und der Fundación Gabo von 2025 klassifiziert über 42 Prozent der untersuchten mexikanischen Gemeinden als „Informationswüste“. In diesen Gebieten ist die lokale Presse vollständig verschwunden oder derart eingeschüchtert, dass die Bevölkerung kaum verlässlichen Informationen mehr erhält. Vergegenwärtigt man sich, dass Journalist*innen bei schweren Menschenrechtsverletzungen entscheidend zur Wahrheitsfindung beigetragen haben, stellt sich die Frage: Über wie viele Verbrechen, die sich in diesen Regionen ereignen, bleibt Mexikos Gesellschaft schlichtweg im Dunkeln?

Obwohl in der hiesigen Berichterstattung über Mexiko oft „Drogenkartelle“ die Schlagzeilen dominieren, gehen laut ARTICLE 19 über 45 Prozent der Angriffe direkt von staatlichen Angestellten aus. Aufgrund der verbreiteten Korruption gibt es jedoch Verstrickungen zwischen staatlichen und kriminellen Akteuren, weshalb diese Unterscheidung oft nicht trennscharf zu treffen ist. Die staatlichen Angriffe reichen von physischer Gewalt und willkürlichen Verhaftungen über Verleumdung bis hin zur illegalen Überwachung durch Spionagesoftware. 2021 deckte das Recherchenetzwerk *Forbidden Stories* auf, dass unter der Regierung Enrique Peña Nieto (2012–2018) 25 Journalist*innen mit der Spionagesoftware Pegasus überwacht wur-

den, darunter die renommierte Investigativjournalistin Marcela Turati, die zu den Hintergründen der 2010 und 2011 in San Fernando, Tamaulipas, verübten Massaker recherchierte.

Überwacht und gegängelt

Entgegen eigener Bekundungen stellte auch die Regierung López Obrador diese Spionage nicht ein. Die Recherche „Ejército Espía“ (Spion-Armee) belegte 2022, dass das mexikanische Verteidigungsministerium auch zwischen 2019 und 2022 Pegasus einsetzte, um gezielt Medienschaffende zu überwachen. Überwacht wurden dabei insbesondere Journalist*innen, die zur Militarisierung oder zu schweren Menschenrechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte recherchierten. Bis heute fordert Mexikos Zivilgesellschaft eine konsequente Aufarbeitung dieses Skandals durch Claudia Sheinbaum. Jüngste Gesetze – insbesondere das im Juli 2025 in Kraft getretene Reformpaket zur Guardia Nacional – lassen jedoch befürchten, dass vielmehr eine institutionelle Legalisierung solcher militärischen Überwachung vorangetrieben wird.

Mit vorsichtigem Optimismus stellen zivilgesellschaftliche Organisationen fest, dass Präsidentin Sheinbaum einen bedachteren Umgangston mit der Presse pflegt als ihr Vorgänger. Dennoch gibt es auch unter der aktuellen Morena-Regierung noch zu wenig Wertschätzung für unabhängigen Journalismus als legitimes demokratisches Korrektiv. Wer eine zu kritische Haltung einnimmt, gerät weiterhin schnell unter Verdacht, im Dienst der politischen Opposition oder ausländischer Interessen zu stehen und läuft Gefahr, von der Regierung öffentlich diskreditiert zu werden.

Ein zunehmendes Problem stellt zudem die juristische Gängelung von Journalist*innen dar. Durch unverhältnismäßige Zivil- und Strafklagen instrumentalisieren Politiker*innen oder Privatpersonen die Justiz, um Journalist*innen in existenzbedrohende Prozesse zu verwickeln und Recherchen zu ersticken. Zusätzlich erschwert wird journalistische Arbeit durch den Abbau staatlicher Transparenz. Die Schwächung und letztliche Auflösung der Transparenzbehörde INAI im Jahr 2025 beraubt den Journalismus eines seiner wichtigsten Werkzeuge: dem Zugang zu Informationen von öffentlichem Interesse, der notwendig ist, um Korruption und staatliches Fehlverhalten überhaupt belegen zu können.

Was kann die internationale Gemeinschaft tun?

Die Kombination aus extremer Gewalt und nahezu totaler Straflosigkeit schafft die paradoxe Realität eines Landes, in dem die Zensur formell abgeschafft ist, sich Journalist*innen jedoch tagtäglich aus Angst um ihr Leben selbst zensieren müssen. Mit diesem Zustand finden sich Mexikos Medienschaffende nicht ab. Sie organisieren sich in Netzwerken, dokumentieren die Gewalt systematisch, fordern Gerechtigkeit für

ermordete Kolleg*innen und tragen ihre Berichte bis vor die Vereinten Nationen. Es wird Zeit, dass Mexikos Regierung diese Stimmen ernst nimmt.

Das Mindeste wäre ein finanziell und personell ausreichend ausgestatteter sowie reaktionsfähiger Schutzmechanismus, der der massiven Gewalt gegen Mexikos Journalist*innen Rechnung trägt. Für eine nachhaltige Bekämpfung der Gewalt bedarf es einer Politik der Nulltoleranz bei Angriffen auf die Presse durch staatliche Bedienstete sowie einer klaren Ächtung des Einsatzes geheimdienstlicher Überwachungstechno-

logien gegen Journalist*innen. Zudem müssen Ermittlungsbehörden verbindliche Protokolle für Delikte gegen die Presse erhalten, während der Kampf gegen die strukturelle Korruption und Straflosigkeit entschlossener geführt werden muss. Präsidentin Claudia Sheinbaum hat der mexikanischen Zivilgesellschaft nach ihrem Wahlsieg ein stärkeres Engagement für die Pressefreiheit versprochen. Die internationale Gemeinschaft kann Mexikos Journalist*innen wirksam unterstützen, indem sie Mexikos Regierung konsequent an dieses Versprechen erinnert.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt die Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko

der deutschen Bundesregierung:

- den wirksamen Schutz von Journalist*innen auf die Tagesordnung bilateraler Gespräche zu setzen.
- gegenüber der mexikanischen Regierung die Sorge über die Straflosigkeit anzusprechen sowie umfassende, unabhängige Untersuchungen und strafrechtliche Verfolgung zu fordern.
- Maßnahmen zur Stärkung des Schutzmechanismus zu unterstützen, den Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen als Querschnittsaufgabe der Außenpolitik zu begreifen und die EU-Leitlinien zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen kohärent und systematisch umzusetzen

der Europäischen Union:

- den Schutz von Journalist*innen sowie die Bekämpfung der Straflosigkeit als verbindlichen Schwerpunkt der Zusammenarbeit mit Mexiko zu verankern.
- die direkte finanzielle Unterstützung für Journalist*innen, unabhängige Medien und zivilgesellschaftliche Organi-

sationen auszuweiten (z. B. via das Außeninstrument NDICI Global-Europe).

- sich öffentlich für die Pressefreiheit in Mexiko einzusetzen, etwa durch Prozessbeobachtungen, Fallbegleitung und die systematische Thematisierung im Menschenrechtsdialog.

der mexikanischen Regierung:

- die Bedeutung der Arbeit von Journalist*innen für Mexikos Demokratie öffentlich anzuerkennen und polarisierende Diskurse gegenüber der Presse zu beenden.
- die Drohungen, Angriffe und Morde umfassend und unabhängig aufzuklären und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.
- den Schutzmechanismus für Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen substanziell zu stärken, so dass ihre Sicherheit gewährleistet ist und sie ihre Arbeit effektiv ausüben können.



Seit dem Jahr 2000 wurden in Mexiko 176 Journalist*innen ermordet. Foto: Sandra Suaste Ávila / Red TaT